Pressemitteilung: Bündnis führt Gespräch mit Bundesumweltminister

Vor kurzem trafen sich Vertreter des Bündnisses für eine gentechnikfreie Region Hildesheim/Peine auf Vermittlung des SPD-Generalsekretärs Hubertus Heil in Peine mit dem Bundesumweltminister Sigmar Gabriel. Während des einstündigen Gespräches machten die Bündnisvertreter deutlich, dass sie nicht aus Prinzip, sondern aufgrund der vielen Risiken und Gefahren sich gegen Gentechnik in der Landwirtschaft und insbesondere gegen den Anbau des Genmais MON 810 bei Clauen stellen. Obwohl das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit in MON 810 eine Gefahr für die Umwelt sieht, weil negative Einflüsse auf Bodenlebewesen wie Regenwürmer und auf Insekten wie Schmetterlinge zu erwarten sind, säte das Bundessortenamt den Mais im letzten Jahr zwecks Sortenprüfung dennoch aus.

Der amerikanischen Herstellerfirma Monsanto wurden langfristige Monitoring-Erhebungen beim Versuchsanbau vorgeschrieben. Das Bundessortenamt ist zu solchen Untersuchungen nicht verpflichtet worden. Herr Gabriel konnte dieses Vorgehen, gegen das sich in der Region Hildesheim/Peine erheblicher Widerstand regte, ebenfalls nicht nachvollziehen und versprach, sich um die Angelegenheit zu kümmern.

Die Gentechnikkritiker machten auch deutlich, dass es kein standardisiertes Analyseverfahren zur Feststellung des Giftgehaltes in MON 810 gibt. Im Auftrag von Greenpeace wurden Proben entnommen. Die Giftmenge in den Pflanzenteilen schwankte um bis zu 100 Prozent. Österreich, Polen, Ungarn, Griechenland, die Schweiz und unlängst Frankreich haben den Anbau verboten. Die Anbaukritiker wiesen darauf hin, dass das europäische Recht und das Gentechnikgesetz Möglichkeiten böten, den Anbau des gefährlichen Maises auch in Deutschland zu verbieten.

Der Bundesumweltminister signalisierte, dass er insbesondere den Anbau von gentechnisch verändertem Raps ebenfalls ablehnt, jedoch den Anbau der Gen-Kartoffel „Amflora“ als positiv ansieht, lehnt jedoch deren Nutzung im Lebensmittelbereich ab. Die Bündnismitglieder berichteten, dass die Trennung zwischen Futter- und Lebensmittelbereich jedoch nicht machbar ist, wie die Herstellerfirma BASF selbst bestätigte. Die im Stärkegehalt veränderte Kartoffel enthält zudem ein Resistenz-Gen gegen Antibiotika. Dieses könnte die Antibiotikaresistenz auf Bakterien im Magen-Darm-Trakt von Mensch und Tier übertragen. Die Fütterungsversuche mit Ratten wiesen Veränderungen von Milz und weißen Blutzellen auf. Es wurden jedoch keine Langzeittests durchgeführt.

Mit dem Bündnis war sich der Bundesumweltminister einig, dass das EU-Zulassungsverfahren gentechnischer Produkte geändert werden müsste. Bemängelt wurde, dass die EU-Kommission nicht demokratisch legitimiert ist, ihre Entscheidungen nicht öffentlich erfolgen und es der sie beratenden Behörde EFSA an kritischen, unabhängigen WissenschaftlerInnen mangelt. Die Gentechnikkritiker machten zudem deutlich, dass für sie als Verbraucher der Erhalt einer nachhaltigen Wahlfreiheit durch den Gesetzgeber ermöglicht werden sollte, sieht jedoch in der vorgesehenen Gesetzgebung die Gefahr der schleichenden Verunreinigung der Umwelt mit Gentechnik. Sie baten den Bundesumweltminister daher, sich dafür auszusprechen, dass Versuchsanbau vorerst nur noch unter Laborbedingungen erfolgen darf und günstige Bedingungen für eine gesetzliche Anerkennung gentechnikfreier Zonen auf EU-Ebene geschaffen werden.